

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Hg. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Hg.
Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

Nr. 88. Köln, den 18. September 1903. IV. Jahrgang.

Kollegen, agitiert für unseren Verband!

Der erste deutsche Arbeiterkongress

Der am 25. und 26. Oktober in Frankfurt a. M. abgehalten wird, wird voraussichtlich eine über Erwarten große Beteiligung aufzuweisen haben. Bis jetzt sind annähernd eine halbe Million organisierter Arbeiter angemeldet, die ihre Vertreter nach dem Kongress entsenden. Es sind dies der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands mit 75000, der Hochrheiner evangelische Arbeiterbund mit 8000, der Württembergische evangelische Arbeiterbund mit 3600, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit 90000, der Bayerische Eisenbahnverband mit 16000, der Bayerische Postbedientenverband mit 7000, der Badoische Eisenbahnverband mit 5000, der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfenverband mit 47000, der Gutenbergbund mit 3000, der Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands mit 63000, der Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands mit 62000, der Verband der katholischen Arbeitervereine Ostdeutschlands mit 44000 und der Verband der katholischen Arbeitervereine in Hessen mit 10000 Mitgliedern. Nicht ausgeschlossen ist es, daß sich noch eine Reihe Organisationen ebenfalls an dem Kongresse beteiligen, sodaß die Teilnehmerzahl sich bedeutend erhöhen dürfte.

Manchen Scharfmacher mag, wie die Kölnische Volkszeitung schreibt, ein gelinder Schauer ergriffen haben, als er von der Absicht las, demnächst einen deutschen Arbeiterkongress in Frankfurt a. M. abzuhalten. Schon daß es Arbeiterorganisationen sind, die diesen Kongress veranstalten, ist für einen Scharfmacher ein quälender Gedanke. Sie nennen sich zwar christlich, katholisch, evangelisch, unabhängig und wollen mit der Sozialdemokratie nichts zu thun haben, rühmen sich vielmehr, treu zu Kaiser und Reich zu stehen. Aber in den Augen eines richtigen Scharfmachers sind die christlichen und konfessionellen Arbeiterorganisationen ebenso schlimm oder noch schlimmer als die sozialdemokratischen. Jede Organisation von Arbeitern ist ihm als unfeindlich verhasst. Sie gehen ja alle doch nur darauf aus, in den Betrieb „hineinzuregieren“ und Streiks anzuführen, während der Unternehmer „Derr im Hause“ sein muß und sich von seinen Arbeitern keinerlei Vorschriften machen lassen darf.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen auch noch: Koalitionsrecht der Arbeiter, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Errichtung von Arbeitskammern. Also es ist noch nicht genug mit den bestehenden Streikorganisationen; die Arbeiter wollen noch mehr Freiheit, Recht und Macht, um den Unternehmer vollends zu tyrannisieren. Herr von Stamm könnte sich im Grabe umbrechen! Glücklicherweise verliert das Scharfmachertum sichtlich an Boden.

Alle Freunde der Sozialreform und Gegner der Sozialdemokratie können sich über den Kongress nur freuen. Die bereits angemeldeten Verbände vertreten fast eine halbe Million Arbeiter und Gehilfen.

Ist die Zahl der organisierten sozialdemokratischen Arbeiter stärker, so bildet die halbe Million doch auch immer eine staatliche Phalanx städtischer als mancher geglaubt hatte. Ist der einzelne Arbeiter ohne Organisation ohnmächtig, so können auch die Organisationen ihre Macht nicht voll entfalten,

wenn sie sich zersplittern und jede für sich handelt. Der Kongress wird ein einigendes Band um sie schlingen. Nicht, daß er zentralisieren und unifizieren könnte und wollte, aber er wird, so hoffen wir, mit der Zeit — denn der Frankfurter Kongress wird nicht der einzige bleiben dürfen — mehr und mehr den Gedanken des einheitlichen, geschlossenen Zusammengehens unter den nicht-sozialistischen Arbeitern stärken. Angesichts der starken Organisation und strengen Disziplin in der Sozialdemokratie kann die übrige Arbeiterschaft dieser gegenüber nur dann sich geltend machen, wenn sie mit vereinten Kräften vorgeht und dem einzelnen das Bewußtsein giebt, daß eine Macht hinter ihm steht.

Daß der Kongress gerade so ideale Forderungen wie Koalitionsrecht und Berufsorganisation auf die Tagesordnung gesetzt hat und nicht irgendwelche materielle Forderungen, muß sympathisch berühren. Allerdings verfolgt man mit den idealen Forderungen in letzter Linie ja auch den Zweck, die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern. Man will durch die Organisation die Macht erlangen, sich sein Recht, wo es verweigert wird, zu erkämpfen. Man will sich in diesem Kampfe aber nur erlaubter Mittel bedienen. Nicht Vorrechte werden ja auch verlangt, sondern nur Gleichberechtigung mit den Unternehmern, die vielfach von ihrem Koalitionsrecht einen für die Arbeiter, ja für die Gesamtheit schädlichen Gebrauch machen. Indem die Arbeiter Koalitionsfreiheit und Organisation fordern, sagen sie, daß sie sich selbst helfen und nicht von der Gnade oder Hilfe anderer abhängen wollen, und daß sie die Fähigkeit in sich fühlen, sich selbst zu helfen. Welcher aufrichtige Arbeiterfreund sollte von diesem Selbstgefühl nicht angenehm berührt werden? Es spricht sich auch darin aus, daß als stimmberechtigte Delegierte auf dem Kongress nur Arbeiter und Gehilfen und aus diesen Ständen hervorgegangene, in der Arbeiterbewegung thätige Beamte gelten sollen. Das gefällt uns schon deshalb, weil es die bei den Sozialdemokraten beliebte und nur zu oft ihre abschreckende Wirkung nicht verfehlende Behauptung widerlegt, die christlichen und konfessionellen Arbeiterorganisationen ließen sich nur von „Bourgeois“ und „Pfaffen“ am Gängelband führen, die Arbeiter hätten in ihnen nichts zu sagen, alles machten die dem Arbeiterstande nicht angehörenden Vorstehenden.

Wir wünschen, daß der Frankfurter Kongress eine neue Aera der Sozialreform einleiten möge. Scharfmacher, Sozialdemokraten und Regierungen mögen sehen, daß es doch noch viele tüchtige Arbeiter giebt, die nicht der Sozialdemokratie zugefallen sind, die aber auch entschieden für eine Fortführung der Sozialreform eintreten, namentlich auf dem Gebiete, auf dem man bisher aus Angst vor der Sozialdemokratie allzu wenig Reformen gezeigt hat, dem der Freiheit und Organisation der Arbeiterschaft.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1902.

Schluss.

Neben der Uebersicht über die sozialdemokratischen Gewerkschaften gibt das Korrespondenzblatt ebenfalls ein Bild über die andern Gewerkschaften.

Hiernach haben die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften folgenden Bestand:

Gewerkverein der	Mitgliederzahl		1902	
	1901	1902	Jahreszunahme	Prozent
Bauhändler	1365	1199	9379	20631
Bergarbeiter	635	501	3248	4283
Bildhauer	412	426	5064	11210
Zigarren- u. Tabakarb.	1311	1546	8110	39170
Fabrik- u. Handarbeiter	19400	21190	96534	526724
Graphische Berufe	1873	1921	13291	67284
Kaufleute	6788	7703	97581	212989
Klempner u. Metallarb.	3937	4029	42191	43723
Rondistoren	236	291	1893	3462
Maschinenbau- und Metallarbeiter	38510	40288	355640	1476309
Schiffszimmerer	161	188	1042	4787
Schneider	3720	4060	19581	170487
Schuhm. u. Lederarb.	6315	5617	41503	139379
Stuhlarb. (Textilarb.)	3854	4128	22429	82412
Tischler	6730	7304	73583	178768
Töpfer	1464	1430	8042	85069
Repschläger	42	42	143	2357
Bergarbeiter	12	9	67	—
Deutschen Frauen	—	690	1117	304
Summa	96765	102851	300434	3079251

(Hierzu kommen die Bestände in den Verbänden- und Organisations- und in der Frauenbewegungsstelle, sodaß das Vermögen der Gewerkschaften 3226970 Mk. beträgt.)

Die Gesamtmitgliedszahl ist demnach von 96506 auf 102581 gestiegen, also um 6075 Mitglieder. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 1891 auf 1902, also um rund 100.

Den Hauptmitgliedszuwachs haben die Metallarbeiter mit rund 3000 und die Fabrik- und Handarbeiter mit rund 2000 zu verzeichnen. Verlust zeigen u. a. die Schuhmacher und Klempner. Die sämtlichen Gewerkschaften verausgaben für:

Rechtschutz	8 231 Mk.
Arbeitslosigkeit, Streiks, Aussperrung	246 899 "
Reise, Umzug, Kaffalle	62 245 "
Förderung der Bildung	29 364 "
Organ	112 330 "
Agitation und Reisen	34 994 "
Inserate, Druckfachen, Arbeitsvermittlung	65 450 "
Ortsverbands- und Verbandssteuern (?)	39 283 "
Verwaltungskosten der Haupt- und Ortsstelle	150 500 "

Die Tabellen über den Stand der christlichen Gewerkschaften brauchen wir hier nicht wiederzugeben, da wir dieselben bereits früher veröffentlicht haben. Interessant ist es aber, die Hirsch-Dunker'schen, die sich Herr Legien in seiner Statistik im Korrespondenzblatt über die christlichen Gewerkschaften leistet, näher kennen zu lernen. Um nämlich der Öffentlichkeit begrifflich zu machen, daß die christlichen Gewerkschaften keine Fortschritte gemacht haben, läßt er in den zum Vergleich herangezogenen Zahlen für 1901 den christlich-sozialen Metallarbeiterverband in der Statistik stehen und für 1902 fehlen und bekommt dadurch glücklicher Weise einen Verlust von — 15 Mitgliedern heraus. Es heißt diesbezüglich im „Korrespondenzblatt“:

„Der Verband der christlichen Gewerkschaften rechnet sich in seiner Statistik für 1902 einen Mitgliederzuwachs von 5575 heraus. Es kann sich hierbei aber entweder nur um den Mangel der Kenntnis der Grundlagen einer solchen Statistik, oder gleichfalls um eine bewusste Täuschung handeln. Es sind nämlich in der Statistik für 1902 alle die Organisationen fortgelassen, welche 1901 geführt wurden, mittel- weile aber eingegangen, oder dem Verband nicht

mehr angeschlossen sind. Ob Unkenntnis oder bewusste Täuschung vorliegt, mag dahingestellt sein, jedenfalls muß bei der Statistik stets die Schlüsselnummer des Vorjahres als Grundlage bei dem Vergleich mit dem nächsten Jahre dienen. Dementsprechend ist bei der Zusammenstellung in Tabelle drei verfahren und ergibt sich dabei für 1902 ein Mitgliederbestand von 84667 und für 1901 von 84652, also ein Verlust von 15 Mitgliedern.

Der Versuch des Herrn Legien, die christlichen Gewerkschaften möglichst zu verkleinern, ist ja sehr leicht begreiflich und bestätigt nur, daß wir heute schon stärker sind, wie Herr Legien lieb ist. Nach unserer bereits früher veröffentlichten Statistik gehören dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften am 1. April 1903 20 Gewerkschaften mit 84 652 Mitgliedern an. Außerhalb desselben standen 10 Organisationen mit 105 248 Mitgliedern. Die Gruppe „christliche Gewerkschaften“ zählte also 30 Organisationen mit rund 189 900 Mitgliedern.

Über die Kassengebarung der christlichen Gewerkschaften kann nur für die dem Gesamtverband angehörigen Organisationen etwas zuverlässiges mitgeteilt werden. Diefelbe stellt sich folgendermaßen:

a) Einnahmen:

An Aufnahmegebühren	7575 M.
„ Beiträge	394555 „
„ Extrabeiträge	21873 „
„ sonstigen Einnahmen	37149 „

b) Ausgaben:

Per Berufsorgane	73 221 M.
„ Streiks- und Gemahregelungenunterstützung	88 626 „
„ Sterbegeld	33 986 „
„ sonstige Unterstützungen	5 499 „
„ Agitation und Verwaltung	50 482 „
„ Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	5 585 „

Das Gesamtvermögen der christlichen Gewerkschaften beträgt 572 634 M., davon entfallen auf den Gesamtverband 335 085 M.

Als vierte Gruppe in der Gewerkschaftsbewegung kommen die von Legien unter dem Namen unabhängige Vereine bezeichneten in Betracht. Diese Vereine zählen im ganzen 102 707 Mitglieder. Es sind also in Deutschland jetzt organisiert:

Generalverbände	733 206
Solale Vereine	10 090
Hilfsvereine	102 851
Christliche Gewerkschaften	84 652
andere	105 248
Unabhängige Vereine	102 707
Gesamt	1 138 754

Wie aus den angeführten Zahlen ersichtlich ist, ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu einem mächtigen Faktor angewachsen. Sind doch bereits 1 138 754 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und beträgt die Jahressumme der Gewerkschaften über 13 Millionen Mark. An den christlichen Arbeitern nun liegt es, durch eifrige Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung dafür zu sorgen, daß die Gruppe der christlichen Gewerkschaften eine immer größere Bedeutung erlangt.

Aus dem Verwaltungsbericht der süd-westdeutschen Holzberufs-Genossenschaft für das Jahr 1902.

(Schluß).

An Unfallentschädigungen und Renten wurden im Jahre 1902 insgesamt 397 710,29 M. verausgabt, im Jahre 1901 waren es 372 864 M., 1900 315 901 M., 1899 273 915 M., gegenüber dem Vorjahr beträgt die Mehrbelastung rund 25 000 M., im Zeitraum von drei Jahren stieg die Summe der Entschädigungen um rund 125 000 M.

Die im Jahre 1902 ausbezahlten Entschädigungen entfallen auf:

Kosten des Heilverfahrens für 132 Personen	6 118,14 M.
Renten an Verletzte für 2765 Personen	335 829,49 „
Sterbegeld für 14 Personen	788,72 „
Renten an Witwen und Witwer	
Getöteter für 90 Personen	13 382,80 „
Abfindungen bei Wiederheirat für 3 Personen	1 459,20 „
Renten an Kinder und Enkel	
Getöteter für 157 Personen	17 030,07 „
Renten an Verwandte aufsteigender Linie Getöteter für 7 Personen	998,19 „
Renten an Ehefrauen in einer Heilanstalt befindlicher Verletzte für 52 Personen	811,93 „

Renten an Kinder desgl. für 126 Personen	1 618,39 M.
Renten an Verwandte aufsteigender Linie desgl. für 3 Personen	67,25 „
Kur- und Krankenhausverpflegung für 95 Personen	10 312,11 „
Kapitalabfindung an Verletzte für 22 Personen	9 060,— „
Kapitalabfindung an Ausländer für 1 Person	234,— „

Hierzu kommen noch Kapitalabfindungen, welche aus dem Reservefond wieder gebildet werden sollen für 58 Personen mit 22 542,30 M.

Die ereigneten Unfälle betragen insgesamt 1605, gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 39 Unfällen. Entschädigungspflichtig wurden seitens der Berufsgenossenschaft 562, gegen das Vorjahr 12 mehr, anerkannt.

Auf die einzelnen Sektionen entfallen:

	gemeinliche Unfälle		entschädigungspflichtige	
	1902	1901	1902	1901
I. Württemberg	548	578	214	239
II. Baden	632	602	228	189
III. Hessen	263	239	60	50
IV. Elz-Lothr.	162	164	60	72

Der Berufsgenossenschaft unterstehen 56 Betriebsarten; die in denselben ereigneten Unfälle sowie die als entschädigungspflichtig anerkannten betragen in den hauptsächlichsten Betriebsarten, in welchen die meisten Unfälle vorkamen:

Betriebe	Unfälle			
	gemeinliche		entschädigungspflichtig	
	I.	II.	III.	IV.
Saugschneiderei (Handb.)	18	30	24	15
(Motorb.)	23	32	33	6
Bürstenfabriken	13	11	—	1
Drehereien	9	3	4	2
Hobelwerke	4	26	20	2
Holzhandl. u. -Zurichtung	13	29	1	8
Holzwarenfabriken	40	34	1	1
Jalousiefabriken	7	2	7	—
Impregnieranstalten	—	11	15	5
Riffenfabriken	4	9	8	—
Rübereien	17	6	8	16
Mechanische Schneidereien	65	47	34	21
Röbelfabriken	88	70	42	2
Partettfabriken	11	16	—	2
Sägewerke	142	214	35	71
Werkzeugfabriken	25	—	—	3

Auf 1000 versicherte Arbeiter entfallen 40,80 Unfälle gegen 40,42 im Jahre 1901. Entschädigungspflichtige Unfälle wurden seitens der Berufsgenossenschaft aber nur 14,31 auf 1000 versicherte Arbeiter anerkannt. Die 562 entschädigungspflichtigen Unfälle verteilen sich auf 541 erwachsene Personen, darunter 2 weibliche und 21 jugendliche unter 16 Jahren. Die Ursachen vorstehender Unfälle sind bei 335 auf Motoren, Transmissionsen und Arbeitsmaschinen zurückzuführen, 3 ereigneten sich an Aufzügen, Fahrstühlen, 1 durch Explosion, 2 durch feuergefährliche und ätzende Stoffe, 34 bei Zusammenbruch oder Einsturz von Gebäuden, Herabfallen von Gegenständen u., 47 durch Fall von Leitern, Treppen, 74 bei Auf- und Abladen von Gegenständen, 20 durch Fuhrwerke, 5 durch Stoß, Schlag und Biß von Tieren, 25 mittelst Handwerkzeug und 15 sonstige.

Von diesen Unfällen hatten leider 19 den Tod der betreffenden Arbeiter zur Folge und ist damit das Vorjahr ebenfalls unruhig übertrifft, wo es nur 13 Unfälle mit tödlichem Ausgang waren. Des weiteren hatten diese Unfälle 2 völlige und 391 teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge; in 150 Fällen ist vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zu verzeichnen. Die Zahl der Hinterbliebenen der Getöteten sind 11 Witwen und 25 Kinder.

Im Berichtsjahr wurden seitens der Berufsgenossenschaft 1527 berufsunfähige Bescheide erlassen; 574 betrafen die Feststellung einer Rente, 181 die Ablehnung des Rentenanspruchs, 619 die Minderung oder Einstellung der Rente, 31 die Erhöhung derselben und 13 die Ablehnung des Erhöhungsantrages, sowie 109 sonstige Anforderungen. Wieviel Berufungen gegen diese Bescheide bei den Schiedsgerichten eingelegt wurden, ist nicht angegeben, daß aber die Versicherten nicht stets mit dem Bescheid zufrieden waren, geht aus den am Reichsversicherungsamt anhängig gemachten Rekursen hervor. Vor letzterem als Rekurs-Instanz waren 83 Fälle zu erledigen; 14 Fälle wurden als unerledigt vom Vorjahr übernommen, neu hinzu kamen 69 Fälle. Der Rekurs war eingelegt:

Von dem Verletzten bezw. deren Angehörigen	in 40 Fällen
Von dem Genossenschaftsvorstand	42 „
Von beiden zugleich	1 „

Erledigt wurden 54 Rekurse, sodaß am Ende des Jahres noch 29 auf das laufende Jahr übernommen werden mußten.

Von den erledigten Rekursen wurden zurückgewiesen: Rekurse des Verletzten 18 Fälle
anerkant: „ der Genossenschaft 7 „
„ des Verletzten 8 „
„ der Genossenschaft 14 „
zurückgezogen wurden 7 „

Eine Wendung zum Besseren gegenüber dem Vorjahr ist in den vorgenommenen Revisionen zu verzeichnen; es wurden revidiert:

in Sektion I. von 1497 Motorbetrieben	824
„ „ II. „	1037
„ „ III. „	388
„ „ IV. „	495
„ „	502
„ „	104
„ „	209

Es ist bei der ständigen Zunahme der Unfälle auch dringend notwendig, daß mehr revidiert wird und die Arbeitgeber sowohl als wie die Arbeiter auf die erlassenen Vorschriften aufmerksam gemacht werden und deren Durchführung strikte verlangt wird.

Die Einnahmen und Ausgaben der Genossenschaft bilanzieren mit 727 001 M. 82 Pfg. An Umlagebeiträgen gingen insgesamt 508 148,46 M. ein. Der Reservefond hat eine Höhe von 706 616,55 M. Von den Ausgabeposten sind neben den Renten von Wichtigkeit:

Schiedsgericht- und Rekurskosten	6 541,40 M.
Unfallverhütungskosten	10 815,74 „
Unfalluntersuchungskosten	18 847,23 „
Verwaltungskosten	56 824,61 „

Von den Unfallverhütungskosten sind einige Posten wirklich zum Nutzen der Versicherten ausgegeben, doch dürfte noch mehr hierin geschehen. Die Aufklärung der Arbeiter muß noch bedeutend mehr in die Hand genommen werden. Dankbar erkennen die Arbeiter zum großen Teil an, wenn ihnen Belehrung zu teil wird und dürfte es sich empfehlen, daß die Berufsgenossenschaft mehr mit den Arbeitern in Verbindung trete und ihnen direkt die Belehrungen und Vorschriften zukommen ließe. Ohne Zweifel würde das Resultat ein günstigeres sein als heute, wo die Vorschriften seitens der Arbeitgeber fein säuberlich in den Bureaus aufbewahrt werden und niemand zu Gesicht kommen.

In einem folgenden Artikel soll noch die Thätigkeit der Aufsichtsbeamten den Kollegen mitgeteilt werden und dürfte sehr vieles davon für alle von größtem Interesse sein. Schwaibland.

Der Sündenbock.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß bei von sozialistischer Seite inszenierten und verunglückten Streiks — und deren sind im letzten Jahre nicht wenige — stets irgend jemand, nur nicht die Führer der Streiks selbst, für die Niederlage verantwortlich gemacht werden. Vielfach sind es die bösen Christlichen, denen man die Hauptschuld bei einer Niederlage zuschiebt, und selbst dann sogar, wenn bei dem Streik christliche organisierte Arbeiter gar nicht in Frage kommen, oder es ist irgend ein Geistlicher dafür ausersehen, um als Schuldiger für den Ausgang eines Kampfes verantwortlich gemacht zu werden. Bei dem vor einigen Wochen beendeten Kampf bei der Firma Lang in Mannheim wird der großherzogliche Fabrikinspektor Wittmann von der sozialdemokratischen Presse als der Sündenbock bezeichnet, dem die Arbeiter es zu verdanken haben, daß sie nicht gestreikt haben. In dieser Sache schrieb z. B. der „Vorwärts“:

„Es ist das erste Mal, daß Herr Wittmann, der Nachfolger Brühshoffers, von den Arbeitern als Vermittler bei einem Streik angerufen wurde. Er hat sich seiner Aufgabe in einer Weise erledigt, die es sehr fraglich erscheinen läßt, ob ihm von Arbeiterseite Vertrauen für das Vermittleramt in zukünftigen Fällen entgegengebracht wird. Der Herr Fabrikinspektor hat ja im Lang'schen Streik überhaupt nicht vermittelt. Er hat ja vielmehr die Rolle eines Untersuchungsrichters gespielt, der mit der Ermittlung des Schuldigen seine Aufgabe als erledigt betrachtet. Wenn Wittmann „vor seinem Gewissen bezeugt“, die Großherzogliche Fabrikinspektion sei stets bereit, die Interessen der Arbeiter mit Wärme und Nachdruck zu vertreten, wie es auch in diesem Falle geschehen sei, so soll nicht bezweifelt werden, daß er an der Wahrheit seiner Worte glaubt. Sein Urteil über den Lang'schen Streik zeigt aber mit unabweisbarer Deutlichkeit, daß Herr Wittmann über die Beteiligung von Arbeiterinteressen Ansehen hat, die wohl den Unternehmern, aber nicht den Arbeitern gefallen können und die zum Vermittler untauglich machen.“

In ähnlichem und vielfach noch viel schärferem Sinne äußerte sich in derselben Sache fast die gesamte übrige sozialdemokratische Presse, sodaß sich Herr Fabrikinspektor Wittmann veranlaßt sah, folgende Zuschrift der „Straßb. Post“ zu übermitteln:

In der Presse beschäftigt man sich vielfach mit meinem Eingreifen in den Lang'schen Streit (in Mannheim), ohne daß dabei die Thatsachen immer zu ihrem Rechte kommen. Zunächst wird die Behauptung aufgestellt, ich hätte nicht bemerkt, sondern mich auf Abgabe und Veröffentlichung eines Gutachtens beschränkt. Das ist nicht zutreffend. Mit meiner durch Veröffentlichung bekannt gewordenen Erklärung übersandte ich der Centralstreikkommission ein bisher nicht bekannt gewordenen Schreiben, sowie die Erklärung der Firma Lang. Die letztbezeichnete Erklärung war das Ergebnis meiner in mehrtägiger Verhandlung kollaborierender Vermittlung. Dies Ergebnis deckt sich völlig mit den mir von der Centralstreikkommission vorgetragenen Wünschen. Allerdings war mir zunächst auch der Wunsch geäußert worden, daß der Firma Lang die Bildung eines Arbeiterausschusses als Bedingung gestellt werde. Dies mußte ich jedoch ablehnen, da Herr Lang, wie ich darlegte, mir schon vor längerer Zeit das Zugeständnis aus eigenem Antriebe gemacht, und ich Garantien für dessen Erfüllung hatte. Eine Veröffentlichung der Erklärung durch mich oder durch mein Jutun hat nicht stattgefunden. Es ist mehr als naiv, mir zuzumuten, ich hätte mich nur mündlich äußern sollen. Sowohl das Interesse der beiden Parteien, als auch das meines Dienstes erforderten eine konzipierte Festlegung. Schließlich wird behauptet, ich stellte mich im Gegensatz zu meinem Vorgänger grundsätzlich auf den Standpunkt der Unternehmung, da ich nur an die Arbeiter, nicht aber an die Arbeitgeber das Ansinnen stelle, vor Beginn eines Streiks die Vermittlung der Fabrikinspektion anzurufen. Ich habe meinen Appell an die Arbeiter gerichtet, da es sich um einen Streik handelte; wäre eine Aussperrung in Frage gestanden, so würde ich meine Aufforderung an die Arbeitgeber gerichtet haben. Der Schlußsatz meines bis jetzt nicht bekannt gewordenen Schreibens, dessen Veröffentlichung ich der Centralstreikkommission anheimstellte, lautet: Wird Mühseligkeit an dem Grundsatze der Besonnenheit und Vorsicht festgehalten, so werden alle aus ehrenwertem Solidaritätsgefühl der Arbeiter hervorgehenden, auf Hebung der Lebensverhältnisse abzielenden gemeinsamen Schritte der Arbeiterschaft eine erhöhte innere Kraft erlangen und nach außen hin eine größere Bedeutung gewinnen. Ob ich mich hiermit einseitig auf den Standpunkt der Unternehmung stelle, das kann ich dem Urteil ehrlicher Männer, gleichviel welcher Richtung sie angehören, in Ruhe überlassen.

Das Schreiben, welches hier von Herrn Gewerkschaftsinspektor Wittmann erwähnt wird, ist leider nur in einem Exemplare dem Vorsitzenden der Streikkommission ausgehändigt worden. Der Inhalt desselben war eine ernste Vorhaltung über die leichtsinnige Injzenierung und Führung der Streiks und ferner eine Mahnung, bei zukünftigen Bewegungen kluger und taktvoller die Interessen der Arbeiter zu wahren. Dieser Mahnung kann sich jeder aufrichtige Arbeiterfreund nur anschließen. Wenn bei einer Bewegung Fehler gemacht werden — und der Streik, worum es sich hier handelt, bestand aus einer Kette von Fehlern — dann soll man auch den Mut haben, dieselben einzugestehen. Zum wenigsten aber darf man erwarten, daß die Fehler nicht anderen Personen fälschlich in die Schuhe geschoben werden. Uebrigens werden die Angriffe auf Herrn Fabrikinspektor Wittmann selbst durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Dreesbach widerlegt. Derselbe äußerte sich in der Schlussversammlung der Streitenden:

Ich glaube, daß ein Mann, der eine derartige Stellung einnimmt, nicht seine Ehre, nicht seine ganze Autorität aufs Spiel setzt. Lediglich vielleicht um einem Herrn Kommerzienrat zu Gefallen zu sein. Meine Herren! Wir sind überzeugt, daß Herr Oberregierungsrat Dr. Wittmann mit allem Eifer und befehl von dem Wunsche, das menschenmöglichste zu erreichen, an diese Untersuchung herangetreten ist, und kann infolgedessen für mich sein Ergebnis auch das rechte, das wahrheitsgemäße, das wahrhaftige sein. Wenn ich das nicht thun wollte, müßte ich an der Ehrlichkeit dieses Mannes zweifeln, wozu ich bis heute keine Ursache habe. Wenn thatsächlich die Verhältnisse wirklich so lagen, als wie sie durch die beiderseitige Untersuchung festgestellt sind, dann, meine Herren, fehlt der Grund zum Streik. Wir müssen sagen, es ist der Fehler gegangen worden, zunächst am 17. Juli bei dem ersten Ausstände. Und hieran reiht sich Glied an Glied von Fehlern zu einer Kette zusammen.

Wollte die sozialdemokratische Presse ehrlich sein, dann dürfte sie ebenfalls nicht anders berichten, wie es hier durch Dreesbach in der Versammlung der Streitenden ausgeführt wurde. Aber nein, in der sozialdemokratischen Bewegung können und dürfen keine Fehler gemacht werden; Fehler machen nur einzig und allein diejenigen, die außerhalb der Sozialdemokratie stehen.

Nach Ansicht derjenigen, die die Bewegung bei Lang mitgemacht und einen tieferen Einblick dabei gewonnen haben, können die Führer derselben Herrn Wittmann nur dankbar sein, daß er ihnen auf diese Weise aus der Patzsch gekehrt hat. Herr Wittmann hat dabei seinen ganzen Einfluß aufgebieten, um nur ja nicht den Kampf verbluten zu lassen und um die Arbeiterschaft vor größerem Unheil zu bewahren. Daß eine solche mühevollere Thätigkeit mit Angriffen belohnt wird, zeigt den ganzen Tiefstand der sozialdemokratischen Presse.

Kundschau.

Der Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter sendet uns seinen Rechenschaftsbericht für die Zeit vom Oktober 1901 bis Juni (einschl.) 1903. Darnach hat der Verband in diesem Zeitraume rund 600 Mitglieder zugewonnen. Neuaufgenommen wurden in derselben Zeit jedoch 1928 Mitglieder, sodaß also zwei Drittel davon dem Verbands wieder verloren gingen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 26317,28 Mk., die Gesamtausgaben 24117,76 Mk., sodaß ein Kasseebestand bei der Hauptkasse von 2199,52 Mk. verbleibt. Die größte Summe der Ausgaben entfällt auf Streikunterstützung und zwar auf den Kampf in Birnasens. Derselbe kostete 10471,96 M., wovon rund 6500 Mk. vom Gesamtverband aufgebracht worden. Am 13. September hielt der Verband in Düsseldorf seinen Verbandstag ab.

Der Geschäftsgang in der Möbelfabrikation ist, wie „Der Arbeitsmarkt“ berichtet, gegenwärtig recht befriedigend. In München sind einige Betriebe mit Aufträgen überhäuft, in Stuttgart sind Aufträge genügend vorhanden, um die Arbeitskräfte für längere Zeit voll beschäftigen zu können. Zu dem erfreulichen Geschäftsgang trägt vielfach die Beliebtheit des modernen Stils bei, der nicht nur bei Wohnungs- sondern auch bei Bureau- und Labeneinrichtungen bevorzugt wird. Allerdings für die Massenfabrikation hat dieser Stil den Nachteil, daß wegen seiner Veränderlichkeit nicht mehr so viel nach bestimmten Modellen auf Lager angefertigt werden kann, wie früher. Es sind also namentlich kleinere Betriebe, die auf Bestellung arbeiten und in kunstgewerblicher Beziehung Tüchtiges leisten, besser beschäftigt, als die für Massenfabrikation eingerichteten Geschäfte.

Reihe Liebenswürdigkeiten werden in Nr. 18 des „Correspondenz-Blatt“, Verbandsorgan des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes zum Ausstrag gebracht. Es heißt dort in einer Erklärung:

Wie mir von einwandfreier Seite mitgeteilt wurde, sollen die Mitglieder Franz Hepp und Robert Klinging in München sich schon öfters etwas ganz besonders darin geleistet haben, daß dieselben bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Zentralrentenkasse in den dortigen Versammlungen verleumdet haben. In der Versammlung am 27. Juli soll sich Hepp etwas ganz besonders geleistet und erklärt haben, daß ich die Kasse „belogen und bestohlen“ habe. Dieser Erklärung soll sich auch Klinging angeschlossen haben. Auf meine Aufforderung, sich zu erklären, schreibt nun Hepp etwas von Denunziation und erklärt, so etwas nicht gesagt zu haben; Klinging erklärt gleichfalls, die verleumderischen Reden nicht gehalten zu haben. Nun hätte ich es ja leicht, durch eine Klage etwaige Gemeinheiten feststellen und beiden einen Denzettel applizieren zu lassen. Da ich aber besseres zu thun habe, als mich vor Gericht zu lapalgen und keine Lust habe, mir noch Unkosten zu machen, so erkläre ich, daß, wenn diese beiden Personen die oben bezeichneten oder ähnliche Worte in bezug auf meine Person gesagt haben sollten, daß dieselben dann „ganz gemeine Schrahkneiber“ sind, wie man sich solche ruppiger und gemeiner nicht denken kann! L. Grünwaldt.

Da in den Münchner Versammlungen über Unterzeichneten ebenfalls allerhand verleumderische Gerüchte von den Genannten verbreitet wurden, kann ich mich dieser Erklärung nur anschließen. Gust. Becker.

Bemerkt sei, daß Becker und Grünwaldt beide Verbandsbeamte sind. Nach Brüderlichkeit sieht die Erklärung nicht aus.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, für den Zeitungsverband in den nächsten Tagen gedruckte Adressen herstellen zu lassen. Da dieselben nicht jeden Augenblick geändert werden können, so ersuchen wir die Ortsverwaltungen, falls bei den jetzt angegebenen Adressen voraussichtlich innerhalb eines Jahres eine Aenderung zu erwarten ist, uns eine andere Adresse mitzuteilen, bei der dies nicht der Fall ist und an die mindestens ein Jahr lang die Zeitungen versandt werden können. Sind die jetzigen Adressen für voraussichtlich ein Jahr maßgebend, so braucht uns keine Mitteilung gemacht zu werden.

Zum Unterstützungsfonds für terrorisierte und gemahregelte Kollegen gingen weiter ein: Görlich 10,00 Mk.; Offenbach a. M. 5,00 Mk. Früher eingegangen 257,56 Mk., zusammen 272,56 Mk.

Lohnbewegung.

Zugug ist fernzuzahlen von: Schreiner und Maschinenarbeiter nach Düsseldorf (Firma Junke).

Düsseldorf. Einen schönen Erfolg hatte die hiesige, zwar noch junge Sektion der Zimmerer unseres Verbandes aufzuweisen. Bekanntlich wurde durch den Zimmererstreik

vom Jahre 1901 zum Teil ein Stundenlohn von 54 Pfg. errungen, aber trotzdem war noch eine Anzahl größerer Geschäfte, welche die Forderung der Zimmerer nicht anerkennen wollten, dazu gehörte auch die Firma Jenfen. Da nun diese Geschäfte von Seiten des soz. Zimmererverbandes gesperrt waren, so bemühten sich verschiedene Kollegen unseres Verbandes, die dort beschäftigten Arbeiter für den christlichen Holzarbeiterverband zu gewinnen, es gelang ihnen dies auch. Nachdem nun die Kollegen durch die Organisation geeint bei der Firma vorstellig wurden und ihre Wünsche vorbrachten, wurden ihnen dieselben sofort bewilligt. Mögen sich die Kollegen dieses Erfolges auch würdig zeigen und durch treues Festhalten an der Organisation, und eifriges agitieren dem Verbands und besonders der Sektion immer neue Mitglieder zuführen.

Hannover. In einer vom deutschen Holzarbeiterverbande einberufenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung wurde beschlossen, folgende Forderungen den Arbeitgebern zu unterbreiten:

1. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 9 1/2 Stunden,
2. Als Mindestlohn sind 40 Pfennig zu zahlen.
3. Für ältere Gesellen, die bisher schon den Lohn von 40 Pfennig und darüber hatten, sind 3 Pfennig Aufschlag pro Stunde zu gewähren.
4. Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeiten.
5. Nebertunden bis 8 Uhr abends werden mit 10 Pfennig, solche nach 8 Uhr sowie Sonntagarbeit mit 20 Pfennig Aufschlag bezahlt.
6. Für Arbeiten außerhalb der Werkstat, wie solche im Bau, bei Rundschärf u. sind 50 Pfennig Aufschlag pro Tag zu zahlen.

Diese Forderungen sollen den Arbeitgebern bis Montag abend den 14. September zugestellt werden. Falls bis Dienstag den 15. September keine oder ablehnende Antwort erfolgt, soll am Mittwoch die Arbeit niedergelegt werden.

Barmen. Zu Differenzen kam es verflissene Woche bei der Firma Frih Heuser, mechanische Form- und Holzbrecherei. Anlaß hierzu gab die Maßregelung eines Kollegen. Die Verhältnisse lagen folgendermaßen. Beschäftigt sind bei der Firma ungefähr 35 Drechsler und 10 Stodarbeiter und wird fast nur in Akkord gearbeitet. Die Stodarbeiter sind sämtlich organisiert, die Drechsler dagegen scheinen es nicht nötig zu haben. Nun bekam der gemahregelte Kollege am 5. September eine Sorte Griffe zu machen nach einem neuen Muster, wofür ihm ein Preis von 38 Pfg. geboten wurde. Hierzu erklärte der Kollege, daß es ihm nicht möglich sei, hierfür die Griffe zu machen. Darauf gab Herr Heuser zur Antwort, mehr würde nicht gegeben, wenn er sie nicht dafür machen wolle, müsse er aufhören. Jetzt bekam ein anderer Kollege die Griffe zu machen, welcher sich aber ebenfalls weigerte. Diefem wurde nun gesagt, er bekomme mehr als 38 Pfg. Am 8. September fand dann eine Werkstatversammlung statt, wo man sich mit der Angelegenheit beschäftigte. Hier wurde auch bitter Klage geführt über das Verhalten eines gewissen Herrn Breitlath. Derselbe ist als Zuschneider eingestellt, glaubt aber jedenfalls durch Liebsangelei sich eine sichere Stelle zu verschaffen und sucht deshalb Herrn Heuser zu veranlassen, seinen Leuten möglichst niedere Preise zu geben. Diese kurzen Angaben mögen genügen, um diesen Arbeiter zu charakterisieren. Es wurde nun eine Kommission gewählt, welche am andern Tage bei Herrn Heuser vorstellig werden sollte, um ihm folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Festsetzung der Akkordpreise durch Verhandlung mit dem Arbeiter selbst; 2. Wiedereinstellung des gemahregelten Kollegen und Entlassung des betr. Arbeiters Breitlath. Die Antwort, welche der Kommission zuteil wurde, war, daß die Firma über den ersten Punkt verhandeln wolle, auf die andern 2 Punkte sich jedoch nicht einlasse, lieber würde der ganze Betrieb still gelegt. Hierauf fand wieder eine Versammlung statt, welche beschloß, noch einmal vorstellig zu werden; erfolge dann eine Einigung nicht, solle die Arbeit sofort niedergelegt werden. Am Morgen des 10. September ging nun die Kommission noch mal zu Herrn Heuser und wurde hier auch sehr freundlich aufgenommen. Die Verhandlung führte jedoch zu keiner Einigung, worauf die 10 Stodarbeiter die Arbeit niedergelegten. Im Laufe des Tages fand dann nochmals eine Verhandlung statt, wobei folgende Vereinbarung getroffen wurde: 1. Herr Heuser erkennt die Organisationen der Arbeiter voll und ganz an und verspricht, keinem Kollegen etwas in den Weg legen zu wollen; 2. Die Akkordpreise sollen ferner nur nach Anhören der Arbeiter festgesetzt werden; 3. Der Arbeiter Breitlath habe niemand in der Fabrik etwas zu sagen und keiner brauche auf ihn zu hören, über die Entlassung dieses Mannes wolle er selbst bestimmen. Die Wiedereinstellung des gemahregelten Kollegen könne er jetzt nicht zugehen, später würde er ihn vielleicht wieder einstellen. Nach dieser Abmachung wurde nach einträglichem Ausstand die Arbeit wieder aufgenommen. Der Einigkeit der Kollegen ist es zu verdanken, daß die Sache so abgelaufen ist. Hoffentlich werden die Drechsler hieraus die Lehre ziehen, daß nur durch die Organisation den Arbeitern geholfen werden kann.

Aus den Bahnhallen.

Dresden. Dienstag den 1. Sept. hielten wir eine Generalversammlung ab. Dieselbe war erfreulicherweise recht zahlreich besucht. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, vom 1. Oktober ab einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche auf unbestimmte Zeit zu erheben. Ferner wurde den Kollegen nahegelegt, sich doch möglichst vollständig an der Krankenzusammenkunft des Verbandes zu beteiligen. Schließlich hatten sich noch verschiedene Kollegen über den Terrorismus von Seiten der Mitglieder des „freien“ Verbandes zu beklagen; welche sich in einem Falle soweit verstiegen, den christlichen Kollegen die Mitbenutzung des gemeinschaftlichen Werkzeuges zu verweigern. Möchten doch derartige Vorkommnisse unsere Mitglieder anspornen, mit aller Energie an der Ausbreitung und Kräftigung unseres Verbandes auch unter schwierigsten Verhältnissen zu arbeiten. In nächster Zeit beginnen wir wieder den sozialen Kursus. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, sich regelmäßig an diesen Versammlungen zu beteiligen.

